

AKTUELL

WEITERBILDUNG

Praktika gesetzlich geregelt

Tessie Jakobs

Zeitlich begrenzt, entlohnt und stärker kontrolliert – der Gesetzesentwurf zu den Praktika für Schüler*innen und Studierenden sieht einige Änderungen vor.

Bisher waren Praktika in Luxemburg nicht gesetzlich geregelt. Das soll sich nun ändern. Am vergangenen Montag haben Arbeitsminister Nicolas Schmidt und der Präsident der Acel, Pol Lutgen, der Presse einen gemeinsam ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vorgestellt. Praktika seien heutzutage unentbehrlich, um auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu haben, erklärte Schmidt einleitend. In Ländern wie Deutschland gebe es eine regelrechte

Praktikumskultur, in Luxemburg solle dies nun auch in die Wege geleitet werden.

Die größte Neuerung: Fortan soll es auch möglich sein, ein Praktikum zu absolvieren, ohne an einer Schule oder Universität eingeschrieben zu sein. So wird beispielsweise die Möglichkeit bestehen, zwischen Bachelor- und Masterstudium beziehungsweise gleich nach dem Master ein Praktikum zu absolvieren. Bedingung ist allerdings, dass man während maximum zwölf Monaten nicht mehr eingeschrieben ist.

Zudem bleibt es Firmen bei konventionierten Praktika, also solchen, die von einer Schule, Hochschule

oder Universität vorgeschrieben wurden, weiterhin überlassen, ob sie die Arbeit vergüten wollen oder nicht. Eine Entlohnung vorzuschreiben habe nur zur Folge, dass künftig keine Firmen mehr Praktikumsplätze anbieten würden, rechtfertigte Lutgen diese Entscheidung. „Wir wollen hier keine Hürden für die jungen Menschen aufbauen“, ergänzte Schmidt.

Bei nicht-konventionierten Praktika, also solchen, die auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, ist folgende Entlohnung vorgesehen: Bei einem Praktikum von einem bis drei Monaten ein Drittel des unqualifizierten Mindestlohns, ab drei Monaten die Hälfte.

Festgehalten im Gesetzestext ist zudem, dass Praktikant*innen nicht länger als sechs Monate bei dem gleichen Arbeitgeber bleiben und insgesamt nicht länger als zwölf Monate Praktikum machen dürfen. Konventionierte Praktika können bis zu neun Monate dauern. Das Maximum an Praktikumsplätzen pro Firma liegt bei zehn Prozent beziehungsweise 50 Praktikant*innen. Nicht

vorgesehen sind Arbeitsverträge für die Praktikant*innen. „Es ist wichtig, eine klare Trennlinie zwischen dem, was ein Praktikum und dem, was schon richtige Arbeit ist zu ziehen“, so Schmidt. Dennoch müssen Arbeitszeitbegrenzungen berücksichtigt werden; es besteht zudem ein Recht auf Urlaub.

Laut Gesetz sind Firmen außerdem verpflichtet, ein Kontrollregister mit sämtlichen Informationen über ihre Praktikant*innen zu führen: Namen, Praktikumsdauer, Arbeitsaufträge und eventuelle Entlohnung. Dieses Register muss der gesamten Personaldelegation allzeit zugänglich sein. Vorgesehen sind zudem Kontrollen durch die Gewerbeaufsicht ITM.

Auf die Frage hin, inwiefern dieses Gesetz verhindere, dass junge Menschen unter prekären Bedingungen von einem Praktikum ins nächste übergehen, antwortete Lutgen, das wichtigste sei, dass überhaupt ein Zugang zu Praktika bestehe. Ob dieses Gesetz die Ausbeutung junger Menschen als billige Arbeitskräfte wirklich senken wird, ist fraglich.

KATALONIEN

Ein neues Konterfei für die Unabhängigkeit

Tessy Troes

Am kommenden Montag versucht das katalanische Regionalparlament einen separatistischen Präsidenten zu wählen: diesmal Jordi Sánchez statt Carles Puigdemont.

Es kam einem Ritterschlag gleich: Letzte Woche sicherte der im Exil verweilende Ex-Präsident Carles Puigdemont in einer 13-minütigen Videobotschaft seine volle Unterstützung für Jordi Sánchez als zukünftigen Präsidenten Kataloniens zu. Dieser klare Abschied Puigdemonts von einer möglichen Wiederaufnahme seines Postens, nach wochenlangem juristischen Hin- und Her, kam überraschend. Hatte er doch noch im Januar verkündet, lieber Neuwahlen auszurufen, als einen anderen Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen.

Ende Januar war die Präsidentschaftswahl im Chaos um Puigdemonts ausstehenden Haftbefehl in Spanien auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Nun steht der 53-jährige Jordi Sánchez am kommenden Montag,

12. März im Regionalparlament als neuer und einziger Präsidentschaftskandidat zur Wahl.

Jordi Sánchez gab sein parteipolitisches Debüt bei den katalanischen Neuwahlen im Dezember 2017, als Nummer Zwei hinter Puigdemont in der separatistischen Allianz „Junts Per Catalunya“. Der Politologe, der seit über 30 Jahren als Aktivist auf der separatistischen Seite unterwegs ist, war davor das Gesicht der Zivilorganisation „Assemblea Nacional Catalana“. Die Organisation, deren Hauptziel eine Unabhängigkeit Kataloniens ist, ist bekannt für ihre Kundgebungen und Demonstrationen, etwa zum katalanischen Nationalfeiertag im September. Eine dieser Aktionen wurde Sánchez zum Verhängnis: Er soll eine Menschenmasse gegen die spanische Polizei aufgehetzt haben, als diese versuchte, das Unabhängigkeitsreferendum im Oktober 2017 zu unterbinden. Deswegen sitzt Sánchez nun zusammen mit Jordi Cuixart, Präsident der Zivilorganisation „Òmnium“,

seit über vier Monaten in Madrid in Untersuchungshaft.

Zusammen mit den früheren Ministern Junqueras und Forn sind sie die von katalanischen Medien bezeichneten „politischen Häftlinge“. Die andauernde Inhaftierung und mehrmalige Ablehnung einer Entlassung zieht verschiedenste Solidaritätsbekundungen mit sich – besonders beliebt bei den Separatist*innen ist eine gelbe Schleife, die an der Kleidung befestigt werden kann. Der bekannte katalanische Fußballcoach Pep Guardiola nahm letzten Monat für das Tragen dieses verbotenen, weil „politischen“ Symbols eine Geldstrafe des englischen Fußballverbandes in Kauf. Kontrovers war eine Kunstausstellung zum Thema „politische Häftlinge“, die Jordi Sánchezs Gesicht zeigte, und von der zeitgenössischen Kunstmesse ARCO Ende Februar in Madrid zensiert wurde.

Politische Gefangene und Solidaritätsbekundungen

Sánchez' Antrag auf eine Entlassung, um an der Parlamentssitzung teilzunehmen, wird erst am Montag entschieden. Die separatistische Partei Candidatura d'Unitat Popular (CUP) will ihre Unterstützung für Sánchez nicht garantieren, da er in den Augen der antikonformistischen Partei keinen klaren Weg zur Republik Kataloniens vorgibt. Sánchez könnte auch



FOTO: GENERALITAT DE CATALUNYA

Jordi Sánchez soll am Montag zum Präsidenten Kataloniens gewählt werden.

ohne die Stimmen der CUP gewählt werden, dazu müssten aber zwei Abgeordnete (darunter Puigdemont) auf ihren Sitz im Parlament verzichten.

Der Präsident der Zentralregierung in Madrid, Mariano Rajoy, wünscht sich einen „sauberen Kandidaten“ ohne juristische Vorbelastung. Amnesty International nannte Sánchez andauernde Inhaftierung „eine exzessive und unverhältnismäßige Einschränkung seines Rechtes der Freiheit der Meinungsäußerung.“

Puigdemont wird sich auch ohne Präsidentenamt nicht von der politischen Bühne zurückziehen. Im September will er in Zusammenarbeit mit dem Journalisten Olivier Mouton ein Buch zur aktuellen Situation Kataloniens veröffentlichen. Außerdem will er eine Stiftung namens „Rat der Republik“ gründen, die als Exilregierung agieren könnte.